

3. JAN. 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII, 2

Bonn, den 3. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Drei Wünsche</u> ----- Zu Dr. Konrad Adenauers 87. Geburtstag am 5. Januar 1963	97
3 - 4	<u>Fast krisenkafte Randlage</u> ----- Große Aufgaben für die neuen Männer in Kiel	60
4	<u>Clement Attlee</u> ----- Zum 80. Geburtstag	29
5	<u>Schlechtes Gewissen</u> ----- "Neues Deutschland" und die innerparteiliche Demokratie in der kommunistischen SED	37
6 - 7	<u>Arbeit für Europa</u> ----- Ein aufschlußreicher Bericht der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments	78

Chefredakteur Günter Markscheffel

Drei Wünsche

Zu Dr. Konrad Adenauers 87. Geburtstag am 5. Januar 1963

G.K. - Der im biblischen Alter von 87 Jahren stehende Bundeskanzler kann der Sympathie wohl der meisten Deutschen gewiss sein, wenn er 1963 sein Versprechen zum Abgang von der Bühne der aktiven Politik einhält. Der ehemalige Oberbürgermeister von Köln hat sein Haus, auf Kinder und Kindeskinde herabblickend, wohl geordnet. Er steht jetzt 13 Jahre an der Spitze der Bundesrepublik, hat den freien Teil Deutschland in ein Vertragssystem eingefügt, das uns ermöglicht, mit der freien Welt "auf Du und Du" zu stehen und schickte sich gerade an, auf dem Wege über die traditionelle Neujahrsansprache unserem Volk den Begriff Demokratie zu erläutern.

Er tat dies mit der ihm eigenen Unbekümmertheit, beschwor die Staatsbürger, mehr für die Demokratie übrig zu haben, als es sich gutgehen zu lassen und gab hierbei zu erkennen, daß mit unserem Staat wohl doch nicht alles zum Besten bestellt sei. Souverän übergang Konrad Adenauer die Tatsache, daß er selbst seit mehr als einem Jahrzehnt diesen Staat lenkt, ihm zu einem gewichtigen Teil seinen politischen Stil aufprägte und manches tat oder geschehen ließ, was viele Bürger nicht unbedingt für demokratisch hielten.

Auch bei den schwierigen Versuchen, das Problem Nr. 1 der deutschen Politik - die Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden - zu lösen, blieb oft das gesprochene Wort der einzige Hoffnungsschimmer. Was ist aus jenem vernünftigen Memorandum der Bundesregierung vom 17. Februar 1962, an die Adresse der Sowjetregierung gerichtet, geworden? Was geschah nach der Regierungserklärung vom Oktober 1962, in der Dr. Adenauer sagte, er sei bereit, über vieles mit Chruschtschow zu reden, wenn dadurch das Schicksal der Deutschen in der Zone erleichtert werden könnte?

* * *

So sei denn unser erster diesjähriger politischer Geburtstagswunsch für Dr. Adenauer die sicher uns allen gemeinsame Hoffnung, daß er begreifen möge, wie viel von jüngeren Kräften noch zu tun ist, um endlich aus der Stagnation einer Politik herauszukommen, die er mit dem Schlagwort "Keine Experimente" kennzeichnete und die so unendlich viel dazu beigetragen hat, zahlreiche Deutsche glauben zu lassen, eine selbstgefällige Bundesrepublik sei das A und O unserer nationalen und staatlichen Existenz.

Die Erfüllung dieses Wunsches ist von dem Verhalten des Mannes Adenauer selbst abhängig. Er weiss um die ihm entgegengebrachte Ehrfurcht und Dankbarkeit seiner politischen Freunde, die es diesen bisher unstatthaft erscheinen liess, den "Alten von Rhöndorf" genau so zum Rücktritt zu drängen, wie andere Minister. Aber weil er das weiss, möge ihn die Weisheit des Alters erleuchten und die Kraft verleihen, selbst einen Schritt zu tun, zu dem andere ihn nicht zwingen mögen.

Jüngere, im Denken dieses Jahrhunderts zu gereiften Männern Gefornate, werden die Aufgaben dieser Zeit lösen müssen. Diese Zeit aber erlaubt keinen Stillstand. Sie ist eine Epoche gewaltiger Umwälzungen

2. Januar 1963

und erfüllt von gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Dynamik. Sie duldet nicht Sprüche wie etwa "Nun geben Sie schon Ruhe!" - oder "Lassen Sie mich doch erst mal ausreden". Diese Zeit zerrt das Gegebene hinweg, sie zwingt ihrer Generation Entscheidungen auf, die nicht immer - wie es Patriarchen wohl gern mögen - bei jedem Schritt schon neue Ufer erkennen lassen. Zu eng sind diese Völker und ihre Probleme einander nähergerückt, als daß man ihre Lösungen heute noch mit der Routine des Althergebrachten finden könnte!

Ein zweiter Wunsch sei uns gestattet.

Wir wissen, daß der Bundeskanzler den vorjährigen Staatsbesuch in Frankreich, die deutsch-französische Truppenparade in Mourmelon, die Messe in Reims sowie den Gegenbesuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in der Bundesrepublik als Krönung seines politischen Lebenswerkes betrachtet. Er hat es oft genug selbst gesagt und diese Besuche als die äußeren, grandiosen Merkmale der Überwindung einer jahrhundertalten Feindschaft unserer beiden Völker bezeichnet. Niemand sollte Konrad Adenauer den Stolz und die Genugtuung über dieses große Ereignis schmälern!

Und doch wünschen wir dem 67-jährigen um seines Glückes willen, er möge der Tatsache eingedenk sein, daß in unseren beiden Völkern schon vor Jahrzehnten Frauen und Männer, die mit heissem Herzen und viel Mut jene Aussöhnung anstrebten, als "Waterlandsverräter" beschimpft wurden. Es waren dies hochherzige Menschen, die gerade von den politischen Vorgängern und Freunden eines Adenauer und eines de Gaulle als politische Gegner schärfstens bekämpft worden sind. Ihr vorbereitendes Werk ist es, das heute in Vergessenheit zu geraten droht, weil der Pomp der offiziellen Staatsaussöhnung die "unbekannten Soldaten" der Völkerversöhnung in den Schatten drängt. Meist ist nicht derjenige der Erbauer eines Hauses, der den Richtkranz unter den Klängen eines frohen Liedes oder eines Marsches auf den fertigen Dachstuhl setzen läßt, sondern jener, der in harter Arbeit Stein auf Stein gefügt hat, beim Richtfest jedoch in den hinteren Reihen steht!

* * *

Der dritte Wunsch? - Er ist von dem Manne, dem er dargebracht wird, leichter zu erfüllen als die beiden anderen.

Wir wünschen dem Bundeskanzler, er möge alle jene laut loben, die trotz seiner patriarchalischen Regierungsführung durch ihre Haltung in den letzten Wochen des vergangenen Jahres uns allen und der Welt das Gefühl vermittelt haben, daß die Demokratie in der Bundesrepublik lebendig ist.

Keineswegs ironisch sagen wir, dieser Wunsch sei leichter zu erfüllen als die anderen. Wir meinen das ernst und aufrichtig, weil wir ihm, dem Bundeskanzler, alle gemeinsam helfen können, dem von ihm auszusprechenden Lob ein starkes Echo zu geben. Das Glück seines Lebensabends könnte vollkommen sein, würde der heute 87-jährige sagen: "Das ganze Volk hat die Demokratie in freien Teil Deutschlands glaubhaft und lebendig gemacht. Es hat durch sein Aufbegehren einen Minister gestürzt und eine ganze Regierung zum Rücktritt veranlasst!"

Aufrichtig, wir alle wollen helfen, damit Konrad Adenauer das sagt, auf daß sich so der Kreis schliesse, den er jahrzehntelang nicht schließbar sehen konnte oder wollte.

+ + +

Fast krisenhafte Randlage

kr. - Es steht nunmehr endlich zu erwarten, dass Schleswig-Holstein nach dem Weggang des bisherigen Regierungschefs Kai-Uwe von Hassel in das Bonner Verteidigungsministerium wieder stabile Regierungsverhältnisse bekommt. Seit der Landtagswahl vom 23. September hatte die CDU im Norden als Minderheit allein regiert, weil ihre Koalition mit der FDP zerbrochen und von Hassel eine grosse Koalition mit den Sozialdemokraten kategorisch abgelehnt hatte. Nunmehr wird der gemässigte Innenminister Dr. Helmut Lenke die Regierungsführung in die Hand bekommen, was voraussichtlich ein besseres Zusammenwirken aller Kräfte im Landtag bedeuten wird, wenn auch die neue Regierung eine CDU-FDP-Koalition ist.

Die praktischen Probleme für die Zukunft des Landes beginnen schon bei den Etatberatungen im Januar und dieser Etat wird zum ersten Mal wieder seit zehn Jahren ein Defizit ausweisen. Es gibt noch so viele ungelöste Probleme in Schleswig-Holstein, die nicht einfach born zurückgeschraubt werden können, wenn etwa der Bund zur Deckung seines Etats höhere Ländermittel in Anspruch nimmt. Es kommt nur darauf an, den neuen Etat mit allen Merkmalen zu versehen, die sein Defizit konstruktiv machen.

Weil es immer noch nicht zu einem Zusammenschluss zwischen EWG und EFTA gekommen ist, aber die Zollschranken wegen der inneren Dynamik der EWG zwischen der Bundesrepublik und Dänemark immer grösser geworden sind, hat Schleswig-Holstein eine fast krisenhafte Randlage erlitten. Bei der Werftindustrie stehen Massenentlassungen bevor, da im letzten Jahr so gut wie keine Aufträge hereinkamen. Hier wird voraussichtlich das Land selbst helfen müssen, da der Bund immer noch nicht zu durchgreifender Hilfen bereit war. Der gemeinsame Wille des Landtags zu helfen ist da, nachdem der Anstoss von den Sozialdemokraten kam.

Das zweite grosse Problem, vor dem Schleswig-Holstein steht, ist in der Landwirtschaft aufgetreten. Die Kraft des Landesetats wird notwendig sein, um mit einer forcierten Flurbereinigung zur weiteren Höfesammenlegung zu kommen und den von der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräften zu helfen. Daneben muss der Landwirtschaft, so wie es gleichfalls von den Sozialdemokraten vorgeschlagen und vom Landtag nun endlich akzeptiert wurde, durch eine grossartige Absatzorganisation geholfen werden, welche vor allem die Veredelungsprodukte der Bauern in die grossen Absatzzentren lenkt.

Die Probleme des Landes reduzieren sich im Grunde auf das Umschalten von einem landwirtschaftlich orientierten Gebiet mit industriellen Schwerpunkten zu einer durchgehend industriell-landwirtschaftlichen Mischwirtschaft. Das aber bedeutet wiederum mehr elektrische Energie, bessere Wasserstrassen und Häfen und somit höhere Investitionsfähigkeit der Kommunen. Auch hier wird der Landtag zusammenhalten müssen.

Der sozialdemokratische Oppositionsführer im Kieler Landtag, der gerade in der letzten Zeit den betonten Willen seiner Partei, die Probleme mit Lösen zu helfen, versichert hat, gab in diesen Tagen einen Katalog auch über die anderen dringend zu lösenden Aufgaben heraus. Man weiss, dass ein starker Mangel an Volksschullehrern wegen der Einschulung geburtenstarker Jahrgänge und des Abgehens alter Lehrer eintreten wird. Hier werden ausserordentliche Anstrengungen notwendig sein.

Im ganzen gesehen ist in Schleswig-Holstein eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitiger Achtung notwendig. Unter diesem Arbeitsklima sollten Parlament und Regierung in den Stand versetzt werden, die schon am Horizont auftauchenden Krisenzeichen abzuwenden. Die neuen Männer in der Regierung in Kiel und die Gewichtsverlagerung bei den politischen Führungskräften in der CDU könnten das möglich machen.

+ + +
Clement Attlee

sp - Um Clement Attlee, den nun 80 Jahre alten ehemaligen Führer der britischen Labour-Partei und Premierminister Grossbritanniens ist es still geworden. Nur noch gelegentlich tritt er als Mitglied des Oberhauses in die Öffentlichkeit. Er hat eine grosse Zeit hinter sich. Die moderne soziale Gesetzgebung Grossbritanniens trägt seine Handschrift; war er es doch, der nach Ende des zweiten Weltkrieges auf dem Gebiete der Sozialpolitik grundlegende Reformen durchführte. Seine Nachfolger haben es nicht gewagt, das neue Sozialgebäude anzutasten, zu dessen grössten Errungenschaften wohl der allgemeine Gesundheitsdienst gehört. Clement Attlee kam aus der Sozialarbeit; in einem der ärmsten Viertel von London liess sich der Oxfordschüler nieder. Was er an Gebrechen, menschlicher Not und Entwürdigung in der Gesellschaft sah, machte ihn zum Sozialreformer. Von 1945 bis 1951 leitete er die Geschicke Englands, in einer Zeit, die von ihm innen- und aussenpolitisch grosse Entscheidungen verlangte. Der äusserlich unscheinbare, jeder flammenden Gestik abhold Mann, der nicht durch Leidenschaft der Rede, aber durch die bestechende Logik seiner Argumente überzeugete, erwarb sich ein weltgeschichtliches Verdienst, als er Indien und Burma, den Perlen in der Krone des britischen Weltreiches, die Unabhängigkeit gewährte und damit einer Entwicklung Bahn gab, die mit dem Stichwort Entkolonialisierung gekennzeichnet ist. Attlee, begabt mit dem Instinkt seines Volkes, hatte die Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung erkannt und dadurch seinem Lande jene schmerzlichen Erfahrungen erspart, die Frankreich mit der Tragödie Algeriens machen musste. Nur sechs Jahre konnte Attlee als Premierminister wirken, aber diese Jahre leiteten einen Wandel in Grossbritannien ein, der heute noch nicht abgeschlossen ist. Wenn einmal die Geschichte Grossbritanniens der letzten drei Jahrzehnte geschrieben wird, wird man neben Churchill, dem grossen Widerpart, auch Attlee nennen müssen.

Schlechtes Gewissen

"Neues Deutschland" und die innerparteiliche Demokratie in der kommunistischen SED

sp - Mit tödlich wirkender Routine erfüllt das ostzonale "Neues Deutschland" gegenüber seinen Lesern die undankbare Aufgabe, ihnen glaubhaft machen zu müssen, westdeutsche Sozialdemokraten seien eigens zu dem Zweck in Ulbrichts Gefängnisse geeilt, um zu verkünden, daß dort die Freiheit herrsche. So auch am 2. Januar dieses jungen Jahres. Da wird im "ND" behauptet, westdeutsche Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern hätten im Bezirk Erfurt festgestellt, in welcher Weise die innerparteiliche Demokratie der SED funktioniere. Die gleichen Leute - natürlich namenlos - beschwerten sich angeblich bitter darüber, daß sie in der Bundesrepublik verfolgt würden. Sie behaupteten - laut "ED" - dagegen, eine Bestätigung gefunden zu haben, "daß alles Gerde der rechten Führung unserer Partei und der bürgerlichen Presse über eine angebliche Diktatur der SED überhaupt nicht den Tatsachen entspricht".

Niemand in der Bundesrepublik weiß, ob überhaupt Sozialdemokraten eine solche Erkundungs- und Erkenntnisreise in den Bezirk Erfurt unternommen haben. Jeder weiß jedoch, daß kein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen solchen Unsinn, wie er wieder einmal von "Neues Deutschland" in die Welt gesetzt wurde, von sich gibt; es sei denn, der Betreffende ist längst nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und würde bei den SED-Propagandisten nur noch als solcher "geführt".

Aber selbst wenn längst ausgeschlossene Sozialdemokraten so dumm vor sich herredeten, wie es "ND" darstellt, bliebe ins Ganze ein Übler, makabrer Scherz der "ND"-Redaktion. Dort sitzen nämlich genug Leute, die ganz genau wissen, wie man sogar in der SED über Ulbricht und seine Schießbefehle auf Fliehende denkt. Die immer wieder angewandte Methode, mit der die kommunistische SED den Eindruck erwecken möchte, sie sei eine Partei, in der demokratisch diskutiert und entschieden wird, ist so alt, wie die kommunistische Partei selbst. Irgendwie scheint das auch den Verantwortlichen in "Neues Deutschland" bewußt zu sein, denn im Gegensatz zu früheren Triumphmeldungen über angebliche Sozialdemokraten, welche die Demokratie in der SED entdeckt haben wollen, veröffentlicht man diesmal die entsprechende Meldung nicht prahlerisch mit großen Schlagzeilen auf der ersten Seite, sondern nur noch klein und einspaltig im Inneren des Blattes. Hier schlägt, wenn auch versteckt, das schlechte Gewissen.

Arbeit für Europa

Ein aufschlussreicher Bericht der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

In den letzten Monaten des Jahres 1962 kennzeichneten zwei Elemente die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: die Beitritts- und Assoziierungsgesuche einer Reihe europäischer Staaten und der Übergang zur zweiten Stufe. Die Bereitschaft neuer Partner, unter Wahrung ihrer wesentlichen Interessen zur Gemeinschaft zu stoßen und somit am gemeinsamen Werk mitzuarbeiten, ermöglicht die räumliche Ausdehnung des Zusammenschlusses. Durch den Übergang zur zweiten Vertragsstufe wird die innere Kräftigung der Gemeinschaft und eine Verstärkung der Stellung der Gemeinschaftsorgane bewirkt. Mit diesen Feststellungen leitet der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments Willi Birkelbach (SPD) einen zum Jahresende vorgelegten Bericht über die Tätigkeit dieser Fraktion in den beiden vergangenen Jahren ein.

In der Einleitung zu diesem Tätigkeitsbericht heisst es ferner: Der Übergang zur zweiten Stufe des Gemeinsamen Marktes machte die Notwendigkeit des Ausbaus der gemeinschaftlichen Organe besonders deutlich. Der Übergang selbst bringt zwar geringe Verschiebungen der Befugnisse der einzelnen Organe mit sich; so wird im Ministerrat in einigen Fällen die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen eröffnet. Aber stärker als alle Vertragsbestimmungen erweckten die Verhandlungen über die Ausgestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik das Interesse der Öffentlichkeit. Wenn in Brüssel derart weittragende Entscheidungen möglich sind, so fragte man sich, ist dann der Gemeinsame Markt nicht schon weiter, als man es anhand der Auswirkungen der Zollsenkungen bisher sehen konnte?

Funktionsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane stärken!

Der Gemeinsame Markt ist gewiss weiter, als es der Vertrag vorschreibt. Dabei ist nicht so sehr an die Zollsenkungen zu denken, sondern schon eher an die Verabschiedung der erwähnten Agrarverordnungen - die für die erste Stufe übrigens nicht zwingend vorgeschrieben war - und die damit verbundene Umorientierung des Interesses der Agrarverbände auf Brüssel hin. Des Weiteren zwingt die lebhafteste Reaktion der Handelspartner in aller Welt zu einer gemeinsamen Haltung nach aussen, die der EWG-Vertrag erst gegen Ende der Übergangszeit vorschreibt. Schliesslich tun sich auch täglich mehr Firmen über die Grenzen hinweg zusammen, eine Entwicklung, die nicht von vornherein abzulehnen ist, jedoch zur Vermeidung unzulässiger Absprachen kontrolliert werden muss. Unter dem Druck von aussen und von innen fornt sich die Gemeinschaft schneller als erwartet.

Die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments ist der Auffassung, dass der schnellen Entwicklung der Gemeinschaft auch eine Stärkung der Funktionsfähigkeit ihrer Organe folgen muss. Das Gebot der Rationalisierung macht die Zusammenlegung der drei Exekutiven erforderlich. Das Verhältnis der Kommissionen zu den Ministerräten müsste neu durchdacht werden. Am dringendsten erscheint jedoch die Schaffung einer echten demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament. In Verbindung mit den Kommissionen nimmt der Ministerrat echte Gesetzgebungsbefugnisse wahr, ohne dass eine ausreichende Einschaltung des Parlaments gewährleistet ist. Nach Auffassung der Sozialisten ist dieser Zustand untragbar.

Die innere institutionelle Entwicklung ist zumindest ebenso wichtig wie ihre äussere Ergänzung durch eine "politische Union". Eine derartige Organisation könnte gewisse wichtige Funktionen erfüllen, jedoch müsste gewährleistet sein, dass sie in ihrem Aufbau keinen Rückschritt in Richtung auf eine Allianz der Regierungen darstellt und dass sie nicht den Aufgabenbereich der bestehenden Gemeinschaft beeinträchtigt. Alles was das Bestehen und den weiteren Ausbau der EWG gefährdet, ist unbedingt abzulehnen.

Mehr als ein Wirtschaftsabkommen

Zu der in den europäischen Drittländern lebhaft debattierten Frage, ob der EWG-Vertrag rein wirtschaftlich oder nicht auch politisch sei und ob der Beitritt zur Gemeinschaft vielleicht die Aufgabe nationaler Souveränität bedeute, bemerkt der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments: Selbstverständlich ist der EWG-Vertrag mehr als ein klassisches Wirtschaftsabkommen und enthält bedeutende politische Elemente. Selbstverständlich wird die nationale Entscheidungsbefugnis bei einem Beitritt verringert, die nationale Souveränität also teilweise auf gemeinsame Organe übertragen.

Schliesslich hebt Willi Birkelbach hervor, dass unter den politischen Kräften, die in den sechs Mitgliedsstaaten eine Rolle spielen, sich die Sozialisten von Anfang an besonders bemüht haben, eine gemeinsame Auffassung zu den durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgeworfenen Fragen zu erarbeiten. An zahlreichen Beispielen wird in dem Bericht nachgewiesen, dass diese gemeinsame Auffassung in eindeutiger Weise gemeinschaftlich ist. Sie erstrebt den Ausbau der Gemeinschaften zu funktionsfähigen Instrumenten, die in der Lage sind, die ihnen übertragenen Aufgaben mit einem Höchstmass an Wirksamkeit zum gemeinsamen Wohl zu erfüllen.